

mindest fragen, warum nicht z. B. die Verfassung Cubas als eines ganz anderen Staatstyps vertreten ist oder die Verfassung Brasiliens als des einzigen portugiesisch sprechenden Landes oder die 1966 erlassene Verfassung Uruguays nach der Abkehr vom Kollegialsystem. Es ist eben das mißliche von derartigen Auswahlbänden, daß sie subjektiv sind und andere Auswahlprinzipien mit genau dem gleichen Recht vertreten werden könnten.

Wenn man sich aber nun damit abfindet, daß hier gerade jene sechs Staaten aufgeführt sind und nun den Verfassungstext benutzen will, dann erlebt man eine noch größere Enttäuschung: es ist nämlich kein Text vollständig. Überall fehlen Artikel. Der Herausgeber sagt auch nicht, welche Grundsätze er bei dem Weglassen der Artikel angewendet hat. Aus diesem Grunde läßt sich noch weniger ein Nutzen des vorliegenden Buches erkennen. Die subjektive Auswahl der Staaten und die subjektive Auswahl der Artikel der Verfassungen lassen die Frage entstehen, warum eigentlich ein solches Buch erschienen ist.

Hellmuth Hecker

STANLEY HOFFMANN  
**Gulliver's Troubles, or the Setting of American Foreign Policy**  
New York usw. McGraw-Hill  
(for the Council on Foreign Relations)  
1968, XX, 556 S. \$ 11.95

Jetzt auch deutsch:  
**Gulliver's Troubles oder Die Zukunft des internationalen Systems**  
Bielefeld Bertelsmann  
Universitätsverlag  
1969, 576 S. DM 48,—  
(die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf die Originalausgabe)

Es gibt Bücher, deren „message“ man mit einem Satze charakterisieren kann. Stanley Hoffmanns Werk gehört nicht zu ihnen, es sei denn, man sieht seine scharfsinnige, differenzierte und phantasiebegabte Analyse der Bedingungen

amerikanischer Außenpolitik als einzigen Hinweis auf deren enorme Komplexität. In der Flut von Publikationen zur amerikanischen Außenpolitik ist dies eines der wichtigen Bücher. Es behandelt keine diplomatischen, historischen, zeitgeschichtlichen Detailfragen (obwohl H. zu einer Fülle von ihnen dezidiert Stellung nimmt), erschöpft sich auch nicht in den oft sterilen aufwendigen „wissenschaftlichen“ Mikroanalysen, die von dem „modernen“ behavioralistischen Zweig der Politikwissenschaft (besonders in den USA) bevorzugt werden. Vielmehr spürt H. Grundmustern im amerikanischen außenpolitischen Verhalten in der gegenwärtigen sich entwickelnden Welt nach. Er macht den von ihm vertretenen historisch-soziologischen „approach“ (nach R. Aron) in der Anwendung auf die Außenpolitik der USA fruchtbar. Auseinandersetzungen mit anderen „Richtungen“ werden weitgehend vermieden, abgesehen etwa von dem Hinweis (S. 296) auf den Zusammenhang zwischen der Beliebtheit der Analysen des „decision-making process“ und dem spezifisch amerikanischen Pragmatismus. Dieser reagiert mit einer Ad-hoc-Politik auf von außen herangetragene Krisen; die korrespondierende Forschungsmethode behandelt Politik als eine Serie isolierter „Entscheidungen“ und zerteilt den kontinuierlichen Strom, in dem jede Entscheidung zugleich die Grundlage für die folgende schafft.

Um diesen großen Zusammenhang geht es H. Deshalb ist sein Buch für das Verständnis amerikanischer Außenpolitik überhaupt bedeutsam, auch wenn es als konkreten Problemkreis im letzten Teil nur die atlantische Allianz systematisch abhandelt.

H. will (was in Amerika auch heute noch nicht überflüssig ist) die „Illusion der amerikanischen Allmacht“ (D. W. Brogan) zerstören helfen. Die größte je existierende Weltmacht kann außenpolitische Entscheidungen nicht beliebig und frei treffen. Sie ist in vielfältiger Weise gebunden — deshalb die Anspielung des Titels auf den gefesselten Gulliver: durch die Struktur der gegenwärtigen Welt, die technologische Entwick-

lung, noch durch die Ohnmacht der Kleinen, andererseits durch die eigenen historischen Voraussetzungen, ihren Stil, ihre internen Institutionen, Mittel und Techniken. Von außen wie innen werden so der Außenpolitik Daten gesetzt, welche die Freiheit der Auswahl eingrenzen, ohne die Entscheidung zu prä determinieren: „the setting is a challenge, not a diktat“ (S. XIV).

Demgemäß beschreiben H.'s Untersuchungen einen großen Bogen. In Teil I analysiert er den Zustand der gegenwärtigen Welt und verwendet dabei — mit einigen Vorbehalten (S. 11) und ohne ihn mit viel Systemtheorie zu befrachten — einen deskriptiven Systembegriff. Sodann untersucht er unter den Stichworten des amerikanischen Stiles (Teil II) und politischen Systems (Teil III) jene oben erwähnten intern vorgegebenen „Daten“ und stellt schließlich (Teil IV) — um die Beziehung zwischen beiden Bereichen zu knüpfen — die Frage nach dem möglichen außenpolitischen Handeln der USA.

Das Grundmuster des gegenwärtigen internationalen Systems bildet eine abgeschwächte Bipolarität (S. 21 ff.). Der bipolare Konflikt (für dieses revolutionäre, instabile, in Zielen und Mitteln maßlose System charakteristisch, S. 13 ff.) ist gemildert, aber nicht in bipolare Partnerschaft (oft gefürchtet als Weltkondominium, Ko-Hegemonie o. ä.) umgeschlagen. Diese Milderung ist die Folge der erneuten Befestigung der Nationalstaatsidee und der Veränderung in den Bedingungen des Gewaltgebrauchs. Die nukleare Entwicklung macht Gewaltanwendung zwischen den Übermächten oberhalb der Subversionsschwelle irrational. Die notwendige Beschränkung der historisch gewaltigsten (besonders militärischen) Machtmittel verändert deren Funktion: sie dienen weniger der positiven Zielverwirklichung als dazu, diese dem Gegner gleichfalls zu versagen (denial). Dadurch werden andere Machtarten (Fähigkeiten, Rohstoffe usw.) aufgewertet.

Im machtpolitischen Windschatten der sich gegenseitig neutralisierenden Großmächte kommen die Träger dieser se-

kundären Machtmittel zu eigener Geltung, obwohl oft noch ohne die traditionellen Attribute eigener Staatlichkeit. Diese neben der Bipolarität bestehende zweite Strukturebene sekundärer Machtträger kennzeichnet H. als De-facto-Polyzentrismus. Auf seiner Grundlage (relativ gesichert gerade durch die Fortdauer der bipolaren Spannung) entsteht infolge der nuklearen Proliferation möglicherweise eine echte (nukleare) Multipolarität. H. wirft jenen, die (etwa G. Liska) die Gegenwart als imperiales System charakterisieren, eine optische Täuschung vor (S. 46 ff.): sie erkennen, daß die Macht der USA zum „denial“ zwar ausreicht, nicht aber zur positiven Durchsetzung eigener Ziele. Gleichzeitig sucht man diese Abstumpfung des Schwertes durch die Verfeinerung der Techniken der „informal penetration“ (S. 53 ff.) auszugleichen (Kulturprogramme, Wirtschaftshilfe usw.) — Weltpolitik wird „internisiert“ (S. 59), Eroberung wandelt sich in Subversion. Besitzziele verlieren zugunsten von Milieuzielen (Einflußnahme auf das nationale wie internationale Milieu) an Bedeutung. Krieg wird durch Revolution und Bürgerkrieg (mit rivalisierenden Interventionen von Drittstaaten) ersetzt. Auf jeder der drei Strukturebenen treten bestimmte Widersprüche zwischen möglichen Zielen und Interessen auf (S. 76 ff.): dem Interesse an stabilen, auch nur nichtfeindlichen Regimen, aber auch an der Stützung schwacher Regierungen, um den eigenen Einfluß auf sie zu erhalten; Reform gegen Status-quo-Intervention; Stabilität gegen wirtschaftlich-soziale Entwicklung; Probleme der Subversion: Stützung überholter Strukturen (bei langfristiger Stärkung der Subversionschancen), reformerisch-demokratischer Kräfte (mit Diskreditierung ihrer nationalen Legitimität); militärisches Eingreifen kann Erfolg haben, bindet aber Mittel für rein negative Ziele usw. Einzig praktisch ist nach H. die prophylaktische Immunisierung gegen Subversion und Revolution. Es leuchtet zwar ein, daß die USA — notwendiges Ziel kommunistischer und radikal-antiimperialistischer Attacken —

eine unvermeidlich defensive Großmacht sein müssen. Das schließt nach aller Erfahrung den traditionellen Isolationismus praktisch aus. Aber es bleibt offen, warum die auch nach H. an sich mögliche Verteidigung der „Festung Amerika“ gegen direkten Angriff nicht ausreicht. Daß der nukleare Schirm nicht jede Weltgegend gegen jede Art von Angriff schützen könne (S. 73), ist zwar richtig, aber keine Antwort. Warum müssen die USA „every quarter of the globe“ beschirmen? Auch dieses so eminent kluge Buch geht von der nicht weiter reflektierten Dynamik der Sicherheitsinteressen der Großmacht aus. Je größer die Macht, desto gefährdeter (und, wie H. zeigt, gebundener) ist sie zugleich, kann sie es sich zum mindesten, anders als der Kleinstaat<sup>1</sup>, leisten, diese Gefährdung zu artikulieren und in (defensive, offensive) Politik umzusetzen, die die Sicherheitsinteressen stets weiter ausdehnt<sup>2</sup>, so daß schließlich für den Außenstehenden die defensiven Ziele von anderen revolutionär-offensiven Zielen nicht mehr zu unterscheiden sind. So weiß auch H. an dieser Stelle (S. 73) nur zu sagen, daß „The United States' over-all power must defend threatened areas outside its territory, because international competition continues to be the traditional one over space, resources, populations, and because, like all revolutionary contests and especially with the prudence induced by nuclear weapons, it is also a struggle for minds and about values.“ Deshalb müssen die USA „man the barricades all over the globe“, denn die einzige Alternative zum „guarding the whole world“ seien positive Gewinne der Gegner oder die Notwendigkeit, jeden Teilbereich des Systems den Zufälligkeiten lokaler Konflikte zu überlassen (S. 80). Die erste Gruppe der internen Vorgegebenheiten faßt H. als „nationalen Stil“ zusammen. Mißtrauen gegen den zweifelhaften Begriff des „Nationalcharakters“ ist unbedingt zu begrüßen. Indessen sind weder die theoretischen

noch die praktisch-konkreten Überlegungen hierzu (Teil II) geeignet, den Leser zu überzeugen, daß „Stil“ schärfere Begrifflichkeit gewährt; allerdings ist der Terminus weniger prätentiös. Es scheint, daß im wesentlichen ein Wort ausgetauscht wird. Die Substanz der Analysen (gegen die sich, notabene, dieser Einwand nicht richtet) könnte ohne Vergewaltigung auch unter der Rubrik „Nationalcharakter“ erscheinen. H. ist überzeugt (S. 88), daß es bei Politikern und interessierten Eliten jeder Nation gewisse gemeinsame und charakteristische Züge gibt. Diese beeinflussen die Art und Weise, wie die USA die Umwelt wahrnehmen und auf sie einwirken, indem sie zunächst die Skala der Entscheidungsmöglichkeiten dadurch einengen, daß sie gewisse Optionen von vornherein versperren — sie werden nicht wahrgenommen oder es fehlt die geistig-verhaltensmäßige Ausstattung, um sie auszunutzen — oder gewisse Ideen und Haltungen aufzwingen, deren Angemessenheit fraglich ist. Zum anderen wird die Effektivität einer Politik reduziert, die von diesen Prädispositionen beeinflußt oder innerhalb der eingeschränkten Optionsmöglichkeiten gewählt wird (Frage der Mittel). H. unterscheidet als Stilelemente drei Gruppen von Faktoren: Amerikas Vergangenheit (das Verhältnis zu Europa und zur Geschichte, d. h. die a-Historizität amerikanischen Denkens), Amerikas Prinzipien und seinen Pragmatismus. Diese Prinzipien sind keine systematischen, institutionalisierten, allumfassende und alles erklärende Ideologie, enthalten aber doch ideologische Momente: sie sind (oder waren) revolutionär, transzendentieren nach eigener Überzeugung die nationalen Interessen und sagen Allgemeingültiges über Mensch und Gesellschaft aus; sie sind einerseits abstrakte moralische Imperative, die Ziele und Verhaltensweisen definieren (z. B. Selbstbestimmung und Friedlichkeit aller Veränderungen), andererseits betreffen sie Methoden und Mittel, um Ziele zu er-

<sup>1</sup> Vgl. David Vital, *The Inequality of States*, Oxford 1967.  
<sup>2</sup> Vgl. schon Hobbes, *I. Buch*, 11. Kap.

reichen (u. a. wirtschaftliche Entwicklung, Konsensus-Gedanke). Vieles davon ist im Grunde bekannt. Aber die Art, wie Hoffmann etwa die Wirkung dieser Prinzipien auf die Formulierung der amerikanischen Außenpolitik diskutiert (S. 125 ff.), ist originell und informativ. Er kennzeichnet die politische Problematik dieser Prinzipien als „Formulismus“ (immer komplexere Sachverhalte werden auf geheiligte einfache Schlagworte reduziert) und „Formalismus“ (jene Schlagworte verraten ein ungenügendes Erfassen der verschiedenen relevanten Prozesse). Das führt zu unpolitischen Debatten über politische Probleme, nämlich über Motive und Überzeugungen statt über die Konsequenzen des Handelns, verzerrt die Analyse und setzt moralische Prinzipien für Realität: etwa weil die USA für die Selbstbestimmung eintreten, garantiert ihrem Verständnis zufolge die Intervention im Namen dieses Prinzips (Vietnam, Dominikanische Republik) seine Realisierung. Die Enttäuschung ist groß, wenn die Betroffenen die Dinge anders, nämlich nach den Konsequenzen, beurteilen. Die USA fühlen sich dann aufrichtig „mißverstanden“. Das Prinzip der Nichtaggression ist vage und unvollständig, es deutet klare Fronten an, wo sie völlig fehlen (etwa in Vietnam). Das Formel-Denken schließlich verführt zur ungegerechtfertigten Analogie-Bildung: Rapallo, München, containment. Aber Vietnam und die heutige Lage allgemein unterscheiden sich von den Situationen, die jenen Formeln zugrundelagen. Simplifizierung, Schwarz-Weiß-Malerei sind bekannte Vorwürfe. Die größte Gefahr ist die self-fulfilling prophecy (S. 139). H. führt das für die MLF und die Dominikanische Republik näher aus.

Amerikanischer Pragmatismus schließlich (S. 143 ff.) als Zweckrationalität, die Effizienz im Hinblick auf gegebene Ziele, führt dazu, kurzfristige Politik zu machen und langfristige Zielüberlegungen zu vernachlässigen. Ihre größte Wirkung konnte diese Politik etwa im 2. Weltkrieg oder in den Jahren ab 1947 entfalten, als die Ziele gegeben waren und es nur auf die richtigen Mittel an-

kam („engineering approach“). Um so größer ist heute die Unsicherheit. Insgesamt ergibt das die merkwürdig unpolitische amerikanische Haltung zur Außenpolitik (S. 176 ff.).

In Kapitel 6 beschreibt H. einige Konsequenzen, die sich aus dieser Analyse ergeben, etwa den amerikanischen Dualismus: die USA einerseits als revolutionäre „first new nation“ (Lipset), andererseits ihr heutiges ökonomisches Interesse an Ordnung und Stabilität; eine doppelte Buchführung in Sachen Macht: die eigene erscheint moralisch überlegen, die eigene Strategie rationaler — wer das nicht sieht, ist unwissend oder bösartig. Die ambivalente amerikanische Haltung zur Gewaltanwendung ist zunächst durch eine Art Zwang zur Harmonie, zum Konsensus gekennzeichnet. Die amerikanische Gesellschaft lebt auf der Grundlage eines breiten Konsenses und ist geistig wie institutionell nicht ausgestattet, um mit grundsätzlichen Zielkonflikten fertig zu werden. Treten solche Konflikte dennoch auf, neigt die amerikanische Gesellschaft dazu, statt den Konflikt als Prozeß zu bestehen, denjenigen, der ihn heraufbeschworen hat, als Störenfried und Gegner — notfalls gewaltsam — zu eliminieren, Gewalt wird zu einem reinigenden Bad (Bürgerkrieg). Charakteristisch ist also für die USA nicht die Gewaltlosigkeit, sondern das Fehlen anhaltender Zweifel oder Konflikte über Grundwerte. Diese Haltungen werden in der Außenpolitik auf die Welt projiziert. Die Sehnsucht nach Konsensus und Harmonie kommt in den Jahresbotschaften der Präsidenten, sogar noch in Kriegserklärungen zum Ausdruck. Widerstände Dritter erscheinen als Störungen dieser vorausgesetzten Harmonie, die zu beseitigen sind, indem man radikal gegen den Störer vorgeht. Da die Gewaltanwendung gleichwohl in abstracto moralisch verurteilt wird, läßt sie sich nur durch entsprechend hohe Ziele rechtferigen — hier liegt die Wurzel für die Kreuzzugsmentalität, die selbst im Nuklearzeitalter noch charakteristisch für die amerikanische Einstellung zur Gewalt (S. 185) oder, wenn ihr der Erfolg

versagt bleibt, ursächlich für eine tiefreichende Frustration (wie heute) ist. Freundschaft und Konsensus, Allianzen als Beginn von Gemeinschaften, universale Herrschaft des Rechts — oder aber Feindschaft und Gewalt. Von ganz anderen geistigen Voraussetzungen aus ergibt sich eine bemerkenswerte Verwandtschaft zu Carl Schmitt.

Damit hängen eng die Schwierigkeiten oder Unfähigkeit zusammen, mit anderen Staaten gleichberechtigt zusammenzuarbeiten, Verantwortung gemeinsam zu tragen (siehe die Probleme der NATO oder gar der OAS). Die größten Wirkungen vermögen die USA am besten im Alleingang oder dann zu erzielen, wenn die Verbindung mit anderen nur der formalen „Multilateralisierung“ des einseitigen Handelns dient (S. 194 ff.). Bemerkenswert ist das Schwanken zwischen „Quietismus und Aktivismus“ in der Außenpolitik. Schon früher (Klingberg, Almond, Perkins) sind diese zyklischen Bewegungen beobachtet und untersucht worden. Es scheint aber wenig glücklich, wenn H. nur diese Tatsache des Alternierens als „Wilson-Syndrom“ kennzeichnet (S. 191 ff.). Man vermutet darunter eher das ganze Bündel der nach außen wirkenden „missionarischen“ Kräfte<sup>3</sup>, die in Wilson ihre höchste Steigerung erfahren haben. Auch H. sieht (S. 208 ff.), was man die Gefahr des Überalters der Substanz des missionarischen Ethos nennen könnte. Die USA verstehen politischen Wandel nur als Fortschritt in der bisherigen von der eigenen Erfahrung vorgezeichneten Richtung: eine Welt der Selbstbestimmung mit milden Zwistigkeiten und nichtzerstörerischen internen Problemen bis ans Ende der Geschichte — Vision einer konservativ-liberalen Macht.

Im III. Teil behandelt H. eine Gruppe von internen Daten, die sonst allenfalls in Spezialstudien behandelt, aber selten zu dem allgemeinen Problem ihres Einflusses auf den Gehalt der Außenpolitik in Beziehung gesetzt werden, nämlich Amerikas politisches System, d. h. das Zusammen- oder auch Gegeneinander-

spiel, die Potentiale oder Hindernisse für eine wirksame Außenpolitik in den verschiedenen Institutionen und Teilnehmern dieses Systems: Präsident, Kongreß und Öffentlichkeit, die komplizierten Koordinations-, Lenkungs- und Formulierungsinstrumente in den beteiligten Bürokratien (beileibe nicht nur dem State Department), Fragen, die sich aus dem personellen Hin und Her von Angehörigen der Eliten in Regierung, auswärtigem Dienst und dem sonstigen öffentlichen wie privaten Bereich ergeben. Besonders interessant sind die Ausführungen zu dem bereits angedeuteten spezifisch amerikanischen Konsens-Problem (S. 294 ff.), seinen Voraussetzungen und Wirkungen, den Techniken und Instrumenten seiner Herbeiführung. Intern kann der existente Konsens natürlich eine Kraftquelle darstellen. Aber der fast wahnhafte Zwang, ihn herstellen zu müssen, bringt zahlreiche Nachteile. Mit ihm hängt die kurzsichtige und gelegentlich künstlich entfachte „Krisen-Diplomatie“ zusammen, in seinem Rahmen entfalten sich Wirkung und Möglichkeit von Formalismus und Formalismus (siehe oben), er verführt dazu, Probleme zu vereinfachen, zu verflachen, zu personalisieren, bewirkt einen Verlust an Flexibilität, Diskretion und Phantasie. Dieselben Techniken projizieren die USA auf die internationale Politik. Dabei ergeben sich naturgemäß zusätzliche Schwierigkeiten aus der evidenten Tatsache, daß hier keine Gemeinschaft existiert, in der ein Konsens geschaffen werden könnte. Künstliche Krisen hervorzurufen ist gefährlich. Im Verhältnis zu Verbündeten ist „Konsultation“ die magische Formel, die die USA — gerade wenn sie in bloße Information degeneriert — oft mit „Verhandlungen“ verwechseln. Noch weniger produktiv kann dieses Verfahren naturgemäß gegenüber Nichtverbündeten sein.

Schließlich konfrontiert H. die inneren mit den äußeren Daten und formuliert einige vorrangige Interessen der USA (S. 345 ff.), u. a. an der Aufrechterhal-

<sup>3</sup> Vgl. zuletzt ausführlich R. B. Nye: *This Almost Chosen People*, East Lansing 1967, besonders Kapitel 4.

tung einer Hierarchie im internationalen System in dem Sinne, daß der Egalisierungsprozeß nicht noch weiter fortschreitet, d. h. die Ohnmacht der Großmächte der Kleinen nicht noch weiter angeglichen wird. Ferner sei die physische Expansion der Hauptgegner und die militärische Aggression der Kleineren zu verhindern und eine Mäßigung des ganzen Systems anzustreben (über den Unterschied zwischen gemäßigten und revolutionären Systemen S. 12 ff.). Die Entwicklung des internationalen Systems zielt nach H.'s Ansicht weder auf ein imperiales (*pax americana*) noch auf ein Duopol zwischen USA und Sowjetunion, sondern auf ein gemäßigtes „multi-hierarchisches“ System (S. 356 ff.). Hierunter versteht er ein solches, das mehr Rangstufen aufweist und im übrigen funktional gegliedert (verschiedene Hierarchien für verschiedene Aufgaben) und regional dezentralisiert sein wird. Ein solches System wäre für die USA vorteilhaft, es würde die Verantwortung für die Ordnung der Welt auf mehrere Schultern verteilen und den USA Selektivität und Flexibilität ermöglichen. H.'s Ratschläge für eine amerikanische Politik zur Förderung eines solchen gemäßigten Systems sind indessen sehr abstrakt. Interessant ist sein Appell, Revolutionen als notwendiges Sicherheitsventil angesichts der Einschränkung internationaler Gewaltanwendung zu betrachten; um internationale Mäßigung zu erzielen, müsse man streng zwischen der internen Natur und dem internationalen Verhalten unterscheiden und sich in die erstere unter keinen Umständen einmischen (S. 362 f.) — wohl eine utopische Forderung. Er plädiert weiter (S. 365 ff.) für eine stärkere Differenzierung in der Analyse. So sei die Domino-Theorie unhaltbar (wegen der Erstarkung des Nationalstaatsgedankens und der Internisierung des internationalen Wettbewerbes). Er mahnt, die eigene Berufung auf die Verschiedenheiten in der Welt (Kennedy: „to make the world safe for diversity“) ernst zu nehmen und ihr zu vertrauen, wobei, um Chaos zu vermeiden, die Übertragung von Verantwortung auf

regionale Institutionen (devolution) gefördert werden sollte — auch das ein vages Konzept.

Es gibt unzählige Einsichten in alte und neue Zusammenhänge, die hier nicht weiter verfolgt werden können (allerdings oft auf einem sehr hohen Niveau der Abstraktheit). Da praktisch kein Staat dem Einfluß der amerikanischen Außenpolitik in dieser oder jener Form entzogen ist, geht dieses Buch auch jeden an.

Knud Krakau

KENNETH D. KAUNDA  
A Humanist in Africa  
Letters to Colin M. Morris  
Longmans Green and Co. Ltd.  
London 1966, 136 Seiten.

Kenneth D. Kaunda, Präsident der Republik Zambia, ist einem breiteren europäischen Publikum durch die letztjährige Weltkirchenkonferenz in Uppsala bekannt geworden, bei der er in beredter Weise auf die Probleme der Dritten Welt erklärend aufmerksam machen konnte. Auch das inzwischen verabschiedete „Manifest von Lusaka über das südliche Afrika“ ist in weiten Passagen von seinem Einfluß geprägt. Zusammen mit der diffizilen politischen Lage seines Landes und den soeben ergriffenen Maßnahmen zur Erhöhung des staatlichen Einflusses auf Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsablauf gibt dies genügend Anlaß, auf eines seiner Bücher hinzuweisen, das, bereits in früher Phase der Unabhängigkeit erschienen, manche späteren Entwicklungen geistig vorwegnahm, gleichzeitig aber nicht ein Beispiel abgibt für Fragenbereiche, die beim Schreiben noch aktuell, beim Drucken bereits Geschichte waren. Es handelt sich um eine Reihe von — redigierten — Briefen an den Präsidenten der Vereinigten Kirche Zambias, Colin M. Morris, in denen außer zu Aspekten persönlicher Lebensphilosophie zu vielfältigen Problemen Zambias und Afrikas Stellung bezogen wird, die von der Rolle des einzelnen in der Gesellschaft bis zum Nationalismus, von der nationalen Kooperation